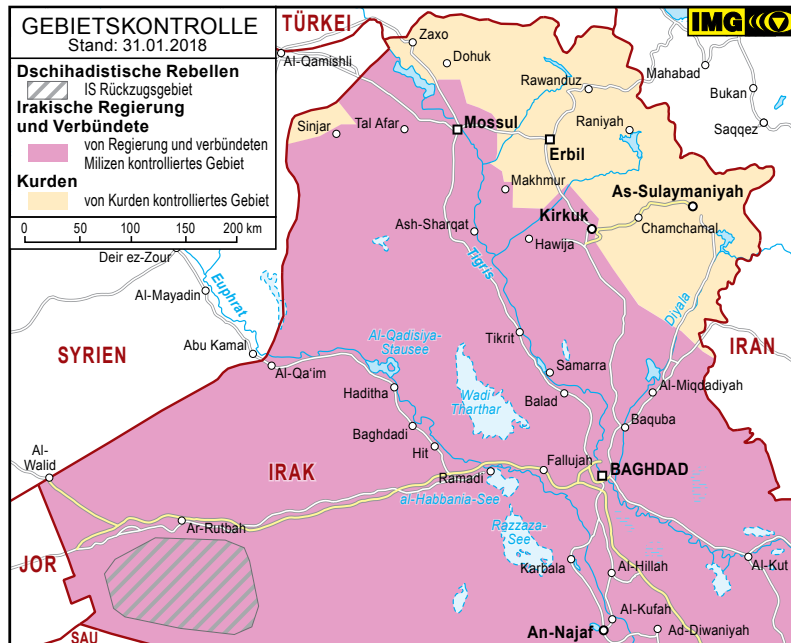


Nach dem Zusammenbruch des IS als Territorialmacht im Irak Mitte Dezember 2017, änderte sich der Umgang mit den schiitisch-dominierten Popular Mobilization Forces (PMF). Großayatollah Sistani hatte die PMF aufgefordert, ihre Waffen wegzulegen und sich unter staatliche Kontrolle zu begeben. Diesem Aufruf folgten die größten Milizen innerhalb der PMF und gaben bekannt, sich gemeinsam an den Parlamentswahlen am 12. Mai zu beteiligen. Seit der Bestätigung des Wahltermins durch den obersten Gerichtshof in Bagdad verhandeln die führenden Politiker des Landes über strategische Allianzen.

Mitte Jänner gab Premierminister Haidar al-Abadi bekannt, dass seine Da'wa- Partei nicht an den kommenden Wahlen teilnehmen wird, dafür Aba-

di und sein Rivale Vizepremier Maliki jeweils mit einer getrennten Liste antreten. Die sunnitischen Abgeordneten versuchten die Wahl zu verschieben, um bei den Wahlen nicht gänzlich von den dominierenden schiitischen Fraktionen marginalisiert zu werden. Neben den Wahlvorbereitungen versucht Bagdad das Verhältnis zur Kurdischen Regionalregierung (KRG), das im Zuge des kurdischen Unabhängigkeitsreferendums stark angeschlagen wurde, zu verbessern. Die von Bagdad auferlegten Sanktionen gegen die kurdische Autonomieregion konnten in Folge von kurdischen Protesten und unter türkischer Vermittlung schrittweise aufgehoben werden. Trotz Wahlkampfstimmung im Land bleibt der Kampf gegen die letzten Terrorzellen des IS das dominante Thema.



KARTENBESCHREIBUNG

Die Anschlaggefahr durch den IS bleibt in allen Landesteilen hoch, insbesondere in der Hauptstadt Bagdad und in ressourcenreichen Gebieten. Aufgrund einzelner in der Wüste versteckten IS-Zellen, starteten die Irakischen Sicherheitskräfte, die Grenzgarde sowie die PMF zwei großangelegte Offensiven im Südwesten Iraks, nahe Ar-Rutbah sowie in Kirkuk, mit dem Ziel die verbliebenen IS-Kämpfer zu eliminieren.

AUSBLICK

Nach dem Untergang des IS-Kalifates, bleibt die Anschlaggefahr durch in der Wüste untergetauchte Kämpfer sehr groß. Für den IS bietet der in den kommenden Monaten ausgetragene Wahlkampf neue Angriffsflächen für Terroranschläge. Ziel des IS ist es, die Bevölkerung einzuschüchtern, eine niedrige Wahlbeteiligung herbeizuführen und konfessionelle Spannungen zu verschärfen. Neben den Wahlen wird Bagdad versuchen müssen, den administrativen Ausfall der Kurdischen Regionalregierung sowie auferlegte Wirtschaftssanktionen abzufangen und letztlich das Verhältnis zu den Kurden zu normalisieren.

Das periodisch erscheinende Fact Sheet bietet eine Analyse der wesentlichsten Entwicklungen im Irakkonflikt und enthält zudem Kartenmaterial sowie einen Ausblick auf mögliche künftige Ereignisse.

INTERNATIONALES KONFLIKT- UND KRISENMANAGEMENT

22.01, 29.01: Parallel zur Offensive im syrischen Afrin bombardierte die türkische Luftwaffe mehrmals Stellungen der PKK im Nordirak, türkischen Angaben zufolge in Reaktion auf eine von der PKK zugeordneten Offensive auf türkische Militärbasen im Grenzgebiet.

21.01: Der türkische Außenminister Cavusoglu fungierte im Rahmen seines Bagdadbesuches als Mediator zwischen Bagdad und Erbil, mit dem Ziel, die im Zuge des kurdischen Unabhängigkeitsreferendums entstandenen Spannungen und auferlegten Sanktionen zu lindern.

10.01: Unterdessen kündigte EU-Außenministerin Mogherini eine neue EU-Strategie für den Irak an, welche in den Bereichen Infrastrukturaufbau, Wirtschaftswachstum, Rechtsstaatlichkeit und Bildung eine intensivere Unterstützung vorsieht.

11.01: Im Kontext der erfolgreichen Zurückdrängung des IS aus dem Irak, verkündete US-Botschafter Silliman den Teilabzug von US-Truppen. Zur Bekämpfung des IS waren gemäß Pentagon 5.000 US-Soldaten im Irak stationiert.

13.01: Auch der iranische Botschafter in Bagdad, Masjedi, kündigte den Rückzug der iranischen Revolutionsgarden, die als Militärberater im Irak fungiert hatten, an, jedoch bleibe die militärische Kooperation mit dem irakischen Verteidigungsministerium, der Polizei und den schiitisch-dominierten PMF weiterhin bestehen. Die PMF seien ein Garant für die Sicherheit des Irak und müssten erhalten bleiben.

08.01, 22.01: Bagdad schloss unterdessen neue Gaslieferverträge mit der amerikanischen Firma Orion, Erdölverträge mit der britischen BP für Kirkuk sowie verstärkte Wirtschaftskooperationen mit dem Nachbarland Kuwait, insbesondere beim Export von Erdgas, ab.

18.01: Medienberichten zufolge versucht al-Qaida seit dem Niedergang des IS-Kalifates die Mitglieder des IS zu rekrutieren. Rekrutierungskampagnen erfolgten seit Sommer 2017 vor allem in Algerien, Syrien und im Jemen.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

10.12: Premier Abadi verlautbarte den endgültigen Sieg über den IS. Das Statement folgte auf die Freitagspredigt von Großayatollah Ali as-Sistani, der die PMF aufforderte, die Waffen niederzulegen und sich den staatlichen Kräften unterzuordnen.

09.01: Als Reaktion auf die internationalen Stimmen, die PMF aufzulösen, betonte Premier Abadi, dass die PMF Teil der nationalen Sicherheitskräfte sind.

15.01: Mitte Jänner erfolgte ein vom IS durchgeführter Selbstmordanschlag auf einen Markt im Herzen Bagdads, der 26 Menschenleben forderte und weitere 95 Verletzte.

24.01: Die Zentralregierung startete zwei große Offensiven in der Provinz Ninive und Anbar, um vermeintliche Waffendepots und IS-Verstecke auszuheben und um die Sicherheitslage im Land zu verbessern.

12.01: Die Gebietsansprüche um die erdölbereiche Provinz Kirkuk führten zu einer angespannten Situation, die zunehmend vom IS ausgenutzt wird. Durch die Absetzung des kurdischen Gouverneurs in Kirkuk und der Abwesenheit kurdischer Sicherheitskräfte entstand ein Sicherheitsvakuum, das vom IS gefüllt wird. IS Kämpfer sind nach der Befreiung Hawijas vor allem in Kirkuk und Bagdad untergetaucht und verüben regelmäßig Terroranschläge, mit dem Ziel die erdölbereiche Provinz zurückzuerobern.

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

20.12: Ausbleibende Gehaltsauszahlungen seit September letzten Jahres führten zu Ausschreitungen und Sachschäden durch Beamte der kurdischen Regionalregierung (KRG) in den Parteihauptquartieren der herrschenden Parteien KDP und PUK. Hintergrund sind die Sanktionen der Zentralregierung in Bagdad, welche die wirtschaftliche Lage in Kurdistan dramatisch verschlechterten. Ende Jänner 2018 konnte mit Bagdad eine Einigung getroffen werden, um die Sanktionen schrittweise außer Kraft zu setzen.

28.11: Immer mehr Milizenführer der PMF geben ihre militärische Funktion auf, um an den Parlamentswahlen am 12. Mai teilnehmen zu können.

16.01: Nach einer Tagung der schiitischen Da'wa Partei, der Premier Abadi und sein Rivale Vizepremier Maliki angehören, konnte man sich nicht auf einen Spitzenkandidaten einigen und gab bekannt, mit getrennten Listen bei den kommenden Wahlen zu kandidieren.

13.01: Die politischen Allianzen um Premierminister Abadi und Vizepremierminister Nuri al-Maliki drifteten zunehmend auseinander, beide Rivalen versuchten sich mit neuen Kräften in der Politik zu verbünden, um möglichst viele Wählerstimmen zu erhalten.

22.01: Der oberste Gerichtshof in Bagdad bestätigte den Wahltermin am 12. Mai, nachdem die sunnitischen Abgeordneten eine Verschiebung gefordert hatten, mit dem Ziel, die Basis-Infrastruktur der im Zuge des IS-Krieges zerstörten drei sunnitischen Provinzen wiederaufzubauen und den Vertriebenen die Teilnahme an den Wahlen zu ermöglichen.

HUMANITÄRE LAGE

08.01: Das Gesundheitssystem ist in den ehemals vom IS besetzten Gebieten vollständig zusammengebrochen, was die Ausbreitungsgefahr von Epidemien erhöht. Mangelndes Fachpersonal und Medikamentenausfälle führten zu steigenden Krankheitsfällen von Leishmaniose. Bagdad betrachtet die Ausbreitung der Krankheiten als ein gesamtirakisches Phänomen, das nicht auf sunnitische Gebiete reduziert werden kann.

08.01: Schulpflichtigen Kindern der ethnischen Minderheit Dom im Südirak, die bislang unter starker Diskriminierung litten, wurde das Recht auf Bildung unabhängig ihrer Herkunft gewährt.

22.01: Die irakische Justiz verlautbarte das Todesurteil für eine deutsche Staatsbürgerin, die in der Schlacht von Mossul gefangen genommen wurde. Zahlreiche weitere IS-Anhänger europäischer Herkunft warten noch auf ihr Urteil. Gefangenen IS-Kämpfern im Irak droht grundsätzlich die Todesstrafe wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation.



www.facebook.com/lvak.ifk



Videoblog „Feichtinger kompakt“
<http://bit.ly/2mv0hgD>